

Die Arbeiter haben nichts zu verlieren als
ihre Ketten, aber eine Welt zu gewinnen!

Der neue

V. b. b.
Preis 12 Groschen

MAHRUS

Organ der Kommunistischen Linksoption

3. Jahrgang

Wien-Graz, Juli 1931

Nummer 14

Barbarei oder Revolution!

Noch war die Unterschrift unter dem Kompromiß zwischen Amerika und Frankreich über den Hoover-Plan nicht getrocknet, noch waren die Phrasen der Hoover-Sozialisten über die Rettung Deutschlands durch die Minister-Internationale nicht verklungen, schon prophezeigte Otto Bauer (am 22. Juni), daß „die aller schlimmsten Gefahren überwunden seien und Hüfending rechtfertigte die letzte Hungerverordnung Brünning's mit der Verhütung der Wirtschaftskatastrophe, — als die Katastrophe mit ungeheurer Wucht und im gigantischen Umfange hereinbrach. Der Zusammenbruch der Danat-Bank (Farmstädter und Nationalbank) wirkte wie eine Lawine. Mamutgebilde der kapitalistischen Wirtschaft, Machtzentren des Kapitalismus, die über das Schicksal hunderttausender Menschen entschieden, die Minister und Regierungen, Gesetze und Verordnungen bestimmten, sie fordern staatliche Hilfe auf Kosten der werktätigen Volksmassen.

In Berlin, Warschau, Kiga, Budapest, Belgrad, Lening, Amsterdam und Wien regt der Orkan — Weltkrise des Kapitalismus — die modernen Raubbürger, Banken genannt, hinweg.

Zu spät, ruft die bürgerlich-sozialdemokratische Presse, sei der Hoover-Plan gekommen. Unzulänglich sei er durch seine Verwässerung, die ihm die französischen Imperialisten zufügten. Die imperialistischen Gegensätze, die durch den Hoover-Plan geleimt schienen, brachen mit verstärkter Wucht hervor. Die Ereignisse überstürzten sich in Windeseile.

Ein Kampf um Sein oder Nichtsein ist der Bourgeoisie Deutschlands aufgedrängt worden. Die Weltkrise hat ihn unausschiebbar gestellt. Panzerkreuzer und Jollunion, das ist die Achse, um die sich der Lufteinkampf der deutschen Bourgeoisie dreht. Der Laval-Mellin-Balk brachte der deutschen Bourgeoisie eine empfindliche Verschlechterung des Hoover-Planes. Frankreich billigte zwar die Stundung der diesjährigen Reparationszahlungen, aber unter der Bedingung, daß die unausschiebbaren Zahlungen (wie im Young-Plan vorgesehen) in der Höhe von 612 Millionen Mark an die „Bank für Internationale Zahlungen“ überwiesen werden müssen und von dieser als Kredite für Deutschland verwendet werden können. Ferner setzte Frankreich durch, daß die Nachzahlung der gestundeten Young-Tribute nicht, wie von Hoover geplant war, in 25 Jahresraten, sondern, ab 1933, in 10 Jahresraten geleistet werden müssen; was die jährlichen Zahlungen Deutschlands um 200 Millionen Mark erhöht. Schließlich hat Paris noch erreicht, daß seinen Besatzstaaten ein Kredit in der Höhe von 25 Millionen Dollar zur Verfügung gestellt wird.

Die entscheidende Bestimmung dieser „Einigung“ ist, daß Frankreich das Recht erhält, von Deutschland „die

unverläßlichen Sicherungen“ zu fordern, daß die Zahlungserleichterungen nur zu wirtschaftlichen Zwecken verwendet werden. Diese Zusicherungen hat die deutsche Regierung dem amerikanischen Botschafter in Berlin formell gegeben und sollte sie nun der französischen Regierung in aller Form ebenfalls überreichen.

Da kam der große Krach. Trotz aller internationaler Weisungen über den Segen des Hoover-Plan ging die Abwanderung des ausländischen Kapitals — geführt von Paris — im gesteigerten und beschleunigten Maße weiter. Allein von der Danatbank wurden im vergangenen Jahre eine Milliarde Mark abgezogen. Von sämtlichen Großbanken vier Milliarden Mark, davon in den letzten zehn Wochen rund zwei Milliarden. Derselben Herrscher der Nation, die Hitler finanzieren und denen nichts „national“ genug ist, haben eine Kapitalfluchtgesellschaft gegründet und deutsche Werte ins Ausland verschoben.

Durch Notverordnungen hat die Brüningregierung mit den übrigen Großbanken die Haftung für alle Einlagen der verkrachten Danatbank übernommen. In derselben Zeit, wo die Hungerverordnung den Arbeitslosen, Invaliden und Kriegswitwen die gekürzte Unterstützung ausbezahlt, den Beamten die Gehälter kürzte — alles zur Rettung dieser kapitalistischen Schandwirtschaft — saniert Brüning mit den Geldern der deutschen werktätigen Massen die Großbanken.

Tausende verhungern jährlich in Deutschland. Millionen hungern und darben, Lohnraub in den Betrieben, aber die deutsche Sozialdemokratie appelliert an das deutsche Volk, sich diszipliniert und ruhig die Haut vom Peibe ziehen zu lassen.

Auf dem Rücken der breiten Massen kämpft die Bourgeoisie Deutschlands um eine selbständige, von Frankreich unabhängige Außenpolitik. Ein zweiter Kubekrieg tobt; die deutschen Arbeiter bezahlen ihn mit ihrem Hunger und Muskelkraft. Ganz Mitteleuropa ist mit in den Zusammenbruch gezogen. Hoover fordert von Deutschland einen Sanierungsplan und Frankreich die Einstellung des Baues von Panzerkreuzern und den Verzicht auf die Jollunion als Garantien für ihre Hilfe. Noch schwankt das Brüning-Regime. Ob es aus eigener Kraft die Lawine zum Stillstand bringt — oder ob es um einen teuren Preis vor Frankreich kapitulieren soll.

Wie immer die deutsche Bourgeoisie entscheidet — es geht um das Mark der deutschen, der mitteleuropäischen Arbeiterklasse.

Das Todesgift des sterbenden Kapitalismus drückt die Arbeiterklasse mit in den Abgrund zu reißen. Der Faschismus steht vor den Toren Deutschlands. Die revolutionäre Vorhut, die kommunistische Partei, blieb in der vergangenen Periode, behindert durch das Stalin-Regime weit hinter den Ereignissen zurück. Noch ruft

die gigantische Kraft der deutschen Arbeiterklasse in den Fesseln der Sozialdemokratie. Noch lähmt das Stalin-Regime die Mandrierungsfähigkeit und ideologische Reife der KPd. Ein zweites 1928 reißt mit ungekrümter Macht heran.

Barbarei oder proletarische Revolution heißt die Alternative. Auch die österreichische Arbeiterklasse darf nicht müßig den Ereignissen folgen. Die Toten des 18. Juli 1927 mahnen. Es gilt den Widerstand gegen die Notshildsamierung auf der ganzen Linie zu entfachen.

Reihe der Arbeiterklasse, die in die kommenden Ereignisse mit tauben Ohren und verbundenen Augen geht. Reihe der revolutionären Partei, die glaubt, der Strom werde sie mitreißen und an die Spitze der Arbeiterklasse stellen. Es genüge, der Lautsprecher der Epoche zu sein. Unerbittlich streng und dornig ist der Weg der proletarischen Revolution. Ohne leninische Politik, Strategie und Taktik gibt es keinen Sieg der Revolution. Daher ist der Kampf um die Konsolidierung der Komintern die grundlegende Aufgabe der Linken Opposition. Die Geschichte ist die größte Lehrmeisterin: aber wer zu spät lernt, wird die Schlacht verlieren.

Aus der Internationale.

Einige Bemerkungen über die Stellung der Linken Opposition zu der Stalinschen Politik in der spanischen Opposition.

(Brief an die Redaktion des „La Lutte de Classes“ (Klassenkampf).

Werte Genossen!

In Nummer 30 Eurer Zeitschrift habt Ihr eine Reihe von Artikeln über die spanische Revolution veröffentlicht. Unter diesen Artikeln befand sich auch einer des Gen. Schachtmann und das Manifest der Gruppe Maurin.

Gen. Trotsky hat in Nummer 31 von „La Lutte de Classes“ bereits auf den opportunistischen Charakter des Manifestes der katalonischen Föderation (Gruppe Maurin) hingewiesen. Es ist daher nicht notwendig, über dieses Dokument eingehender zu sprechen, denn es verrät auf den ersten Blick, daß seine Verfasser nichts gemein haben mit den Ideen, die heute jeden proletarischen Revolutionär in Spanien erfüllen müssen, wenn ihm die proletarische Revolution mehr ist als eine bloße Phrase. Aber es scheint mir notwendig, in einem anderen Zusammenhang auf die Frage der Stellung der Linken Opposition zu der katalonischen Föderation zurückzukommen.

Zunächst zum Artikel des Gen. Schachtmann.

Gen. Schachtmann vertritt die Auffassung, daß Stalin und damit die Kominternbürokratie, „statt sich über eine Störung des kapitalistischen Gleichgewichtes zu freuen, eine schreckliche Furcht vor den sozialen Kämpfen, die den proletarischen Kampf um die Macht begleiten,“ haben. Ja, Gen. Schachtmann geht noch weiter, wenn er schreibt:

„Für den Stalinismus, drückt sich die erste Konzeption konkret in einer Unterstützung der Fortschritte des Sozialismus in einem Lande gegen die revolutionären Fortschritte in den anderen Ländern, in einer pazifistischen Degenerierung des Kommunismus aus.“

Hätte Gen. Schachtmann Recht, dann wäre das Stalinsche Regime kein zentristisches, sondern ein konterrevolutionäres. Würden wir — auch nur für einen Augenblick — annehmen, die Stalinsche Politik in China 1926/27 sei nicht der Ausdruck opportunistischer Manöver und zentristischer Illusionen, sondern Stalin habe beabsichtigt die chinesische Revolution geowiert, damit der „Sozialismus

in seinem Lande“ nicht durch die sozialen Kämpfe in China bedroht würde, wir würden die revolutionäre Avantgarde betrügen, wenn wir sie mit zäher Geduld den Weg der Reform der Partei und Komintern führen würden.

Aber zum Glück ist die etwas primitive Vorstellung, Stalin opfere um des russischen Aufbaues willen, eine Revolution nach der anderen, eine vulgärmarxistische These aus dem Arsenal der Ultralinken.

Was uns von Stalin trennt, ist nicht, daß wir für die internationale Revolution sind und Stalin diese bekämpft. Das Kriterium der „Furcht vor der Revolution“ unterscheidet nicht uns von Stalin, sondern uns und Stalin gemeinsam von der Sozialdemokratie. Was uns von Stalin trennt, ist unsere tiefere Einsicht in die revolutionäre Dynamik der gesellschaftlichen Entwicklung, unsere Unversöhnlichkeit in den Grundfragen der revolutionären Strategie und unsere Elastizität in den Fragen der revolutionären Taktik.

Diese Elemente des revolutionären Marxismus können sich in den Reichen des Zentrismus nicht entfalten, denn das Wesen des Zentrismus ist nationale Beschränktheit, Unterschätzen der revolutionären Theorie und mangelnde Festigkeit in den revolutionären Prinzipfragen.

Unsere internationale Orientierung läßt uns revolutionäre Prozesse, sei es in China, sei es in Spanien, frühzeitig erkennen. Die Bolschewiki-Leninisten werden von den Ereignissen nicht überrascht, sondern sie treten ihnen gerüstet mit den unbesiegbaren Waffen der marxistischen Theorie gegenüber.

Die stumpfe, national beschränkte Bürokratie des Zentrismus wird von den Ereignissen stets überrascht. Von revolutionären, wie in Spanien, von konterrevolutionären, wie in Finnland. Die Folge ist entweder eine völlige Isolierung von den Massen, wie in Spanien oder eine schmachvolle Kapitulation, wie in Finnland, wo die treuen Schüler Kautskins vor dem angreifenden Faschismus kampflös zurückwichen, zum Teile desertierten und schließlich sich in die Arme der St. warfen, der sie alles Eigentum der revolutionären Arbeiterbewegung als Andenken an die Theorie vom Sozialfaschismus freiwillig auslieferien.

Würden wir annehmen, Stalin habe diese Kapitulation gewünscht, um nicht durch die „sozialen Kämpfe in Finnland“ den russischen Aufbau zu gefährden, wir würden ohne zu zögern daraus die selbstverständlichen strategischen Schlüsse ziehen.

Aber wir sind weit von einer solchen Annahme entfernt und wir zweifeln nicht, daß jeder Versuch, die Frage anders zu stellen, ungefähr im Sinne des Gen. Schachtmanns, der internationalen Opposition das Genick brechen müßte.

Schwerer als der Fehler des Gen. Schachtmann wiegt die Haltung des Gen. Obin. Gen. Obin war Ende April und Anfang Mai in Barcelona. Es war ihm vergönnt, an Ort und Stelle die spanische Revolution aufzusuchen. Um ihm jeden politischen Fehltritt auf dem unebenen Boden der Revolution zu ersparen, war er mit der ausgezeichneteren Broschüre des Gen. Trotsky über die Aufgaben der Kommunisten in der spanischen Revolution ausgerüstet, die es ihm gestatten müßte, die wirklichen Freunde der Revolution von den vermeintlichen zu unterscheiden.

Gen. Obin traf in Barcelona das Manifest der katalonischen Föderation vor. Es ist, wie bereits gesagt wurde, kaum möglich, ein Dokument aufzufinden, in dem plumpster Opportunismus, schreiende Konfusionen mit der nackten Furcht weitrücken, das eigene Gesicht zu zeigen. Dieses Manifest hat nichts, absolut nichts gemein mit den Ideen des revolutionären Marxismus, mit den Prinzipien des proletarischen Klassenkampfes. Wer das nicht

erkennt, hat nichts verstanden von dem ganzen Kampfe, den die internationale Linke seit bald zehn Jahren in der Komintern führt.

Das Manifest der katalonischen Föderation ist das Banner des linken Flügels der kleinbürgerlichen Demokratie, das nicht vom Kommunismus, nichts von der proletarischen Diktatur, nichts von der Rolle der Partei des Proletariats im revolutionären Kampfe, nichts von der Vorbereitung der zweiten, der proletarischen Revolution in Spanien weiß, noch wissen will.

Was soll man aber dazu sagen, daß Gen. Obin, der eine so wichtige Funktion in der internationalen Opposition bekleidet, dieses Manifest, nachdem er es in Barcelona gelesen hatte, in der „Revue“ (1. Mai 1931) feiert und die „die Gemeinsamkeit der Ideen zwischen uns und der katalonischen Föderation“ feststellt. Und in dem er auf die große Bedeutung der Schrift des Gen. Trotzki hinweist, schreibt er von dem von Gen. Trotzki skizzierten Programm? Die bewußten Kommunisten der katalonischen Föderation haben es wohl verstanden und sie benötigen es in ihrem Kampfe.“ Uebersichtlich, besonders hervorzuheben, daß der Führer der katalonischen Föderation, der Opportunist Maurin, für Gen. Obin ein „revolutionärer Arbeiter“ ist.

Gen. Obin ist der spanischen Revolution von Angesicht zu Angesicht gegenüber gestanden. Aber ach, es war ihm nicht möglich, den Geist der kleinbürgerlichen Demokratie von dem des revolutionären Marxismus zu unterscheiden.

Man muß dies alles offen aussprechen, die gemachten Fehler schleunigt korrigieren und so die internationale Opposition vor opportunistischen Gefahren bewahren.

Mit kommunistischen Grüßen
Kurt Landau.

Berlin, 3. Juli 1931.

Es ist kein Zufall, daß Frey („Arbeiter-Stimme“ Nr. 78) Gen. Schachtmann in seiner Auffassung „vollkommen recht“ gibt. Wäre Frey im sowjet-chinesischen Konflikt nicht die Möglichkeit des Abschreibens zu Hilfe gekommen, er hätte getreu seiner Grundeinstellung die Position Bok und Urbans bezogen. Daß Frey überhaupt noch sein Unwesen treiben kann, verdankt er nur dem Umstand, daß die Intern. Linke gespalten ist. So sehr wir davon überzeugt sind, daß unsere Differenzen mit Gen. Trotzki nur epiphysischen Charakter haben, unterschätzen wir nicht die Gefahren und Schäden jener — vom Stalinismus entlehnten — Methoden, die zur Spaltung getrieben haben. Das System Wille-Molinier fügt der Internationalen Linke mehr Schaden zu, als alle Verleumdungen des Stalinismus. Und wenn gegenwärtig die Stalinisten in Graz, als Antwort auf die unwiderlegbaren Argumente des „Mahnruf“ in bezug des Stalin-Regimes in Sowjetrußland und der Bankrottopolitik der ZK., mit dem „Internationalen Bulletin“, daß ihnen von Frey jüngern zugestimmt wurde, haufieren gehen, so richten sich diese Kampfmethoden in erster Linie gegen die Intern. Linksoption. Uns wird nichts erschüttern. Unserer Verbundenheit mit den Grundätzen der Linken Opposition ist ebenso tief, wie unser Kampf, den wir seit Jahren um die Wiedererrichtung der Komintern auf dem Boden eines leninischen Partiregimes führen.

Die Redaktion.

Graser Genossen! Wegen der sommerlichen Hitze entfallen bis zur kälteren Jahreszeit die Bildungskurse.

Minister-Internationale tagt.

Der Kongreß der zweiten Internationale tritt Ende Juli zusammen. Die Herren, die auf ihrem letzten Kongreß die „Aera der aufsteigenden Wirtschaftsdemokratie“ verkündeten, treten diesmal zusammen im Zeichen der Inflation einer Krise, die das Fundament des Kapitalismus erschüttert. Man sollte meinen, daß eine angeblich sozialistische Internationale sich für den Aufbau des Sozialismus interessiere. Und wundern es aber nicht, daß die sowjetrussische Frage nicht auf ihrer Tagesordnung ist, denn diese Herren haben wichtigeres zu tun. Sie müssen über Mittel und Wege beraten, wie das Proletariat abzusinken und nötigenfalls niederzustoßen sei. Sie bekämpfen anscheinend öffentlich nicht die Sowjet-Union, desto eifriger sind sie aber im Geheimen an der Arbeit, um das Volkswort des Weltproletariats zu unterminieren, zu verächtlichen (Industrieprozess).

Die Herrschaften werden wohl wieder die europäische Arbeiterklasse zur Geduld ermahnen, daß sie nicht zum revolutionären Klassenkampf übergehen, denn den Segen des „Sozialismus“ der zweiten Internationale können derzeit nur Indier und andere von den Gewehren und in den Herdern des Macdonald und Co. empfangen.

Überläde Politik.

Am Sonntag, dem 12. Juli brachte die „Aera Fahne“ auf der ganzen ersten Seite, in brechen Lettern, die Nachricht über den Uebertritt von vier Nationalsozialisten zur K.P. In derselben Nummer wird auf Seite 9 mitgeteilt, daß 10 Floridsborler Schuhbändler zur Arbeiterwehr übergetreten sind. Am Dienstag, den 14. Juli wird der Uebertritt des Rußlanddelegierten Oberländer mit 52 ZP.-Arbeitsgen zur K.P. auf Seite 3 mitgeteilt und der Uebertritt der Partei ZP.-Betriebsräte mit der Mehrheit der Belegschaft zu K.P.C. wurde seinerzeit ebenfalls auf Seite 9 mitgeteilt. Aus den angeführten Tatsachen kann man schon die grenzenlose Leichtfertigkeit und politische Hochstapelei ermessen, die das Z.A. betreibt. Vier halbkreuzler wiegen ihm unergleichlich mehr als hundende sozialdemokratischer Arbeiter. Dabei wird diese Methoden der Agitation, wie sie vom Z.A. angewendet werden, als grundsätzlich einer kommunistischen Propaganda zuwiderhandelnd ablehnen müssen. Wie ernst diese Methoden zu nehmen sind, das geht aus der „A. Z.“ vom 11. Juli hervor. Dort wird mitgeteilt, daß von den 218 in Wien in der „ersten Etappe des Sturmplanes“ gewordenen Abonnenten 175 in derselben Zeit verloren wurden. In der Provinz wurden von 210 gewonnenen Abonnenten 112, also 50 Prozent verloren. Das Z.A. macht die Mitglieder und Funktionäre dafür verantwortlich. Schuld daran sind diese Reklamemethoden und vor allem der Verlauf der Z.A.-Politik.

Rothschildbanierung.

Dem Herrn Straßella die Verträge durch ein Gesetz zu kündigen, wie die Regierung, als gegen die guten Sitten verstoßend ab: dagegen hat sie ein Gesetz eingebracht, das die Kollektivverträge des Theaterpersonals und der Beamten für ungültig erklärt. Nach dem Brot- und Weizenbeschlusse das hohe Parlament die Erhöhung der Löhle auf Fleisch. Die Besoldungssteuer der Beamten und Angestellten wurde beschlossen und gleichzeitig der Antrag auf Nichterhöhung der Mietzins am 1. August abgelehnt: damit wird den Hausbesitzern wieder eine nette Aufbesserung ihrer Rente gewährleistet. Lohnraub für die Proleten - Aufbau der Rente für die Hausbesitzer den Arbeitslosen Rückweise der Zerrückung der Versicherung.

Nisten im Sommer fertig die Arbeitslosigkeit und die Betriebsstilllegungen nehmen kein Ende. Die Sozialdemokratie stellt sich restlos hinter die Notstandsaktion und mimt vor den Massen Opposition. Sie warnt die Bürgerlichen mit dem Geispenst von 1918, vor dem sie mehr Angst hat als die Bourgeoisie.

Was uns Arbeiter schreiben.

Streik beim Grazer Wasserleitungsbau.

In der vorigen Mittwochnummer schrieb die „N. Z.“, daß die Arbeiter beim Grazer Wasserleitungsbau, unter Führung der A. G. C., in Streik getreten sind. Man glaubte zuerst, daß die städtischen Arbeiter vom Wasserleitungsbau der Gemeinde Graz streikten. Aber weit gefehlt, es waren in Wirklichkeit die Bauarbeiter vom Wasserleitungsbau in Begelsdorf bei Graz, 60-70 Arbeiter, wegen Akkorddifferenzen im Kampf.

Der Streik brach nach einigen Stunden schmächtig zusammen, nach Ansicht der Arbeiter, wegen mangelhafter Führung seitens der Kommunisten. Der Zusammenbruch war vorauszusehen, denn die Genossen glaubten, ohne genügende Vorbereitung ihre Forderungen zu erzwingen. 13 Genossen, die besten, wurden entlassen, denn sie haben vergrissen, ihre Kollegen auf den Kampf vorzubereiten. Man hätte müssen den Streik als letztes Mittel anwenden, um alle Arbeiter darauf einzuflessen, die Akkordarbeit abzulehnen und die Schwarzarbeit (Stundenlohn) zu fordern.

Mitglieder der A. G. C. haben auf Grund der 13 Entlassungen eingeklagt. Die Genossen waren kurze Zeit organisiert und die „N. Z.“ schrieb, unter der Führung der A. G. C. geht der Kampf. Der Bauunternehmer erkannte sofort die Stimmung unter den Arbeitern und setzte die 13 Genossen auf das Knie, die Leichtfertigkeit der Stalinisten hat auch hier wieder Opfer gefordert.

Wasserberatung

an die sozialdemokratischen Nationalräte im Parlament, folgende Verbesserungsanträge des Arbeitslosenversicherungsgesetzes einzubringen und mit allen Mitteln des Klassenkampfes dafür zu kämpfen.

Die Arbeitslosen erheben den schärfsten Protest gegen jede Verschlechterung der Arbeitslosenversicherung, wie es der Bürgerblock will, daß nämlich der Bezug der staatlichen Unterstützung auf einen kleinen Kreis beschränkt werden soll und fordern, daß das Arbeitslosenversicherungsgesetz durch folgende Änderungen verbessert wird:

1. Abänderung des bisherigen Namens „Arbeitslosenunterstützung“ in „Erwerbslosenbeihilfe“.
2. Schaffung ausreichender Arbeitsgelegenheiten durch den Bund, Land, Gemeinde auf Kosten der Besitzenden.
3. Abschaffung der Karenzfrist.
4. Gewährung der Unterstützung bis zum Eintritt in die Arbeit oder Krankenstand usw.
5. Krankendversicherung aller Arbeitslosen.
6. Gewährung der Unterstützung, auch wenn der betreffende Arbeitslose bei den Eltern oder auch bei den Verwandten wohnt.
7. Fortzahlung der vollen Unterstützung an alle Arbeitslosen auf die ganze Dauer der Arbeitslosigkeit.
8. Erhöhung der Unterstützung um 30 Prozent.
9. Keine Exzitation auf die Unterstützung.
10. Genauere Festsetzung der Bestimmung, wann die im Gesetz geforderte Notlage vorhanden ist oder nicht.
11. Einstellungsverbot aller Pensionisten, deren abzugsfreier Pensionsbezug z. B. 50.— monatlich übersteigt.
12. Durchführung des Pensionsstilllegungsgesetzes.

13. Erhöhung des monatlichen Mietzinsbeitrages für Untermieter von 2 Z. auf 8 Z. und Auszahlung der Notstandsennterstützung in jeder Gemeinde.

14. Eghaldigste Zuweisung von Arbeit an Ausgeweierte und Notstandsauswiesempfänger.

15. Einschränkung der Akkorde und Ueberstunden auf ganz wenige Ausnahmefälle.

Ein sozialdemokratischer Arbeiter.

21. Betriebsratswahlen bei der Gemeinde Graz.

Am 19. 6. war die Neuwahl des Betriebsrates der Gemeinde Graz. Kandidiert haben die freie Gewerkschaft z. B. und die Christlichsozialen. Die Unabhängige Gewerkschaft hat für die Christlichen ihre Stimme abgegeben. Die freie Gewerkschaft bekam von den 1053 abgegebenen Stimmen 862 und 12 Mandate, die Christlichen 171 Stimmen und 2 Mandate. Die Christlichsozialen gewinnen gegenüber dem Vorjahr 1 Mandat. Die A. G. C. (Stalinisten) wußten früher den Gemeindegewerkschaften nichts zu sagen, aber am Wahltag, am 19. 6. kamen die Stalinisten mit einem Flugblatt, in dem man die Gemeinde-Arbeiter aufforderte, eine revolutionäre Gewerkschafts-Opposition zu schaffen. Die Gemeindegewerkschaften sagten, das Flugblatt hat recht, aber heute am Wahltag, was sollen wir machen, sollen wir nicht wählen und den Christlichsozialen die Stimmen geben? Viele der Gemeindegewerkschaften sagten, dies Flugblatt der A. G. C. beweist wieder ihre Unfähigkeit.

Arbeiterwohnungen oder Pensionswohnungen?

Neben den Gläubigerschulden ist die Wohnungsnot in Verbindung mit dem Mieterschutzgesetz eines der wichtigsten Tagesprobleme, nachdem es dem Hausbesitzer erlaubt ist, eine beliebig hohe Miete und einen ebenso beliebig hohen Zins zu verlangen. Wie löst nun die sozialdemokratische Gemeinderatsmehrheit in Graz dieses Problem? Zunächst wurden von der Stadtgemeinde Mietbaracken und ein Wohnküchenhaus hergestellt. Ferner wurde auf ein Obdachlosenhaus ein Stock darauf gebaut, alles unter dem Bürgermeister Mutschka. Nun holt aber die Stadtgemeinde Graz zu einem gewaltigen Schlag aus. Es wird eine Wohnbauanstalt aufgenommen und mit Hilfe von Bundesvorschriften aus der Wohnbausteuer werden drei Häuserblöcke erbaut. Die Wohnungen sind im August bezugsbar. Und die Preise? Dieselben variieren beispielsweise für den Häuserblock Grazbachgasse-Pestalozzistraße: für 1 Zimmer und Küche-Wohnung 34.50-62 Sch., für 2 Zimmer und Küche 80-99 Sch., für 3 Zimmer und Küche 127-146 Sch. Dabei sind die Betriebskosten, die 6 bis 11 Sch. ausmachen, nicht einbezogen. Seit Jahren hat die sozialdemokratische Gemeinderatsmehrheit die Arbeiterschaft mit dem Bau von Arbeiterwohnungen geträutet und gelübt. Was ist daraus geworden? Nur die Bourgeoisie kann sich dieselben leisten, die Arbeiter nicht!

Landeshilfsanstalt Neumarkt.

Das Land Niederösterreich besitzt in Neumarkt, Oberstiegersdorf ein Erholungsheim für Lungentranke. Bis heute hat man es dort noch nicht bis zu einer Wasserleitung gebracht, so daß die Angestellten das Wasser schleppen müssen. Kürzlich stürzte eine Angestellte mit einem Schaff Wasser, zog sich eine Nierenquetschung zu und starb daran. Für ein Erholungsheim hat das Land Stiegersdorf kein Geld, denn es handelt sich nicht um eine Heimwehrkaserne oder Landeszentralmolkerei.

Eigentümer, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: Karl Dantel, Metallarbeiter, Wien, 5. Bez., Gartengasse 1. Verleger, Hans Thoma, Holzarbeiter, Wien, 2. Bez., Radvorsgasse 24. (Im Auftrage der komm. Opposition.) Druck: „Wien“, Wien, 2. Bez., Ledergasse 55b.